

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 40 · 31. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 4. Oktober 1930

Tatsachen schaffen Meinung

Ein Rückblick in die Verhältnisse des Arbeiterstandes vor 30 Jahren weist nicht nur Not und Elend aus, sondern auch eine Meinung der übrigen Gesellschaftskreise vom Arbeiterstand, die dahin ging, daß es eine Schicht der Dienenden als unabänderliches Geschick geben müsse. Rückschau in diese Zeit lehrt aber auch, daß in weiten Arbeiterkreisen das Gefühl der Abhängigkeit, das sich abfinden mit diesem sozialen und gesellschaftlich erniedrigenden Zuständen stark verbreitet war. Brutale Herrernaturen wuchsen nur da, wo ihnen keine andere wirtschaftliche und geistige Macht gegenübertritt; Knechtsnaturen entwickelten sich dort, wo keine sittlichen Kräfte beispielgebend und anregend zum Aufstieg treiben. Neben der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Beeinflussung der Gesetzgebung, also der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung ist es das gar nicht hoch genug anzuschlagende Verdienst der Gewerkschaften, die Arbeiterchaft aus der Knechtseligkeit zur freien Menschenwürde emporgehoben zu haben. Noch vorhandene Mängel, überschäumende Ergüsse in Einzelfällen ändern an dieser Tatsache nichts. Den übrigen Gesellschaftsschichten brachten die Ereignisse der Nachkriegszeit die formelle Aenderung vom Staatsuntertan zum Staatsbürger; den Lohn- und Gehaltsempfängern, also den Arbeitern und Angestellten brachte daneben ihre gewerkschaftliche Organisation auch noch den Aufstieg vom Wirtschafts- und Gesellschaftsuntertan zum Wirtschafts- und Gesellschaftsbürger. Gewiß fehlt es noch an vielem. Der Arbeiter als Wirtschaftsbürger ist in manchen Dingen zu unsicher, zu unerfahren, vielleicht auch zu bescheiden. Als Gesellschaftsbürger wird der Arbeiter sich nur durchsetzen, wenn er frei von speyerischem Nachahmungstrieb den Angehörigen der übrigen Gesellschaftsschichten beweist, daß er ihnen geistig gleichwertig ist.

Die jetzige Zeit der langandauernd gedrückten Wirtschaftslage ermutigt manche Kreise, die von den Gewerkschaften geschaffenen Zustände wieder zu befeitigen, zum mindesten stark abzubiegen. Lohnabbau ist ein bekanntes Schlagwort, Arbeitszeiterlängerung . . . — man staunt förmlich. Preisabbau als Konsumanreger wird sabotiert oder als nicht durchführbar und nicht genügend wirtschaftsbefördernd hingestellt. Dagegen Abbau sozialpolitischer Gesetze als Allheilmittel gepriesen, aus Einzelfällen unberechtigter Ausnutzung sozialer Einrichtungen werden Übertreibungen gemacht, verbrämt oder offen einem ganzen Stande Renten- und Unterstützungssucht vorgeworfen. Das sind Blitze von der einen Seite.

Die schlechte Wirtschaftslage verführt aber auch kleine Geister im Arbeitervolk zum Nießmachen, zur hoffnungslosen Betrachtung der Verhältnisse. Wir wollen sie im einzelnen nicht beleuchten; jeder Aufwärtstrebende kennt aber ihren weinerlichen Ton. Solchen Flautemachern muß jederzeit entgegengetreten werden. Immer wird es unter Menschen ein bestimmtes, manchmal unbequem werdendes Ringen geben. Im Kampf um die gerechte Verteilung des Produktionsertrages werden auch für den Arbeiterstand Momente des Stillstandes, unter Umständen sogar kleine Rückschläge, eintreten. In solchen naturgegebenen Tatsachen verzweifelt kein denkender Mensch. Er betrachtet sie vielmehr als Hemmnungen, die die eigene Kraft um so stärker straffen müssen.

Wir haben im Laufe der letzten drei Jahrzehnte Tatsachen geschaffen. Tatsachen, die das Unternehmertum, die der alte Staat großtun anerkennen

mußte. Tatsachen, die zur Anerkennung der Aufstiegsbewegung des Arbeiterstandes führten. Wir haben im neuen Staat Inflation und Deflation wirtschafts- und sozialpolitisch überwunden. Das waren Leistungen, die erst später einmal bei historischer Betrachtung aller erschwerenden Umstände umfassend gewürdigt werden können. Wir stehen jetzt in einer Zeit, wo wirtschaftliche und soziale Errungenschaften erneut verteidigt werden müssen. In der Angriffsarmee mitmarschieren ist leicht; in der Verteidigungsarmee zähe jeden Fußbreit Bodens verteidigen, auch elastisch sein, dazu gehören Kraftnaturen, die sich immer wieder am Ziel orientieren.

Wir schöpfen unsere Kräfte aus eigenem, aus der Erkenntnis, daß Angehörige eines Standes zusammengehören zum Wohle des Standes; aus der Auffassung, daß es am christlichsten ist, den Vermögenden zuerst zu helfen. Trotzdem können wir die Auffassungen anderer Kreise uns zur Mahnung und Beachtung sein lassen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Blatt der Schwerindustrie, läßt sich von einem Sozialwissenschaftler folgendes schreiben: „... Das moderne Unternehmertum muß die Öffentlichkeit vor Leistungen, besser vor ein „fait accompli“ (vollendete Tatsache. Red.) stellen. . . . Es ist zum Beispiel kein Zweifel, daß die Wirkung der Politik bei Arbeit Nordwest voll und ganz in diesem Sinne verlaufen ist; denn die deutsche Öffentlichkeit hat sich weithin den Anschauungen in Düsseldorf gebeugt und sich auf den Boden der von dort bewirkten Tatsache gestellt. Weil jedem vollendeten Tatbestand an sich überzeugende Kraft innewohnt. Das System Mussolini wirkt kraft dieses Umstandes auch auf seine Gegner nicht weniger überzeugend als etwa das „System Dehnhauen“ oder irgendeine andere Wirklichkeit gewordenen Tatsache, vor der sich eine inaktive, so furchtbar leicht beeindruckbare „öffentliche Meinung“ sofort zu beugen bereit ist.“

Es muß deshalb für das Unternehmertum darauf ankommen, durch eine kluge Politik sichere Positionen als vollzogenen Tatbestand der Öffentlichkeit darzubieten. Es muß irgendeine positive Größe in das Spiel der Kräfte hineinbringen, die durch ihre Existenz schlechthin wirkt, den Gegenspieler unsicher macht, die Öffentlichkeit beeinflusst. Das aber setzt voraus, daß der Unternehmer die innere Kraft besitzt, die Chancen, die ihm noch geblieben sind, auszunutzen. Also nicht Skepsis, Zweifel an sich selbst, „schlechtes Gewissen“ im weiteren Sinne dieses Wortes — sondern Glaube an sich selbst, Sicherheit.“

Das sind Worte, die ungemünzt auch für uns gelten!

Wir erwarten Taten

In den nächsten Wochen wird sich der neue Reichstag konstituieren. Ein wahrer Regen von teils ehelich und teils unehrlieh gemeinten Wahlversprechungen prasselte in den letzten Wochen auf das wählende Volk herab. Wenn alles in Erfüllung ginge, was versprochen wurde, dann müßte Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit von Milch und Honig fließen, dann gäbe es keine deutsche Zwietracht, keine Not und keine Entbehrungen mehr. Besonders jene Parteien, die nur von Haß und Unfrieden der Menschen untereinander leben und beim letzten Wahlkampf, wie schon in der Vergangenheit, mit Wahlversprechungen nicht geizten, in der praktischen Arbeit aber versagten, werden, falls sie wieder zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden, einen großen Teil ihrer unerfüllten Wahlversprechungen ganz erheblich weit zurückstellen, wenn nicht ganz aufgeben müssen.

Die deutsche Wirtschaftskrise, die nur ein Ausschnitt aus dem Depressionszustande der Weltwirtschaft ist, trägt alle Merkmale einer langdauernden und beständigen wirtschaftlichen Störung. Angesichts dieser Tatsache und in Verbindung mit den heillos zerrütteten Staatsfinanzen, sowie mit den lawinenhaft angewachsenen Staatsschulden, wird es nicht so leicht mög-

lich sein, eine Besserung der Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands in kurzer Zeit zu erzielen. Dafür waren dank des Verhaltens verantwortungsbewusster Parteien die Staatsfinanzen und die Wirtschaft zu sehr heruntergewirtschaftet. Eine Rettung des Staates und seiner Wirtschaft ist nur möglich, wenn sich die Mehrheit des neuen Reichstages nicht aus einem Haufen feiler Interessenten, sondern aus Männern zusammensetzt, die sich dem Gesamtvolk gegenüber verbunden fühlen und entschlossen sind, eine Politik der Aufbaubereitschaft zu betreiben. Eine solche Politik darf keine Scheu vor Maßnahmen kennen, die, falls sie notwendig werden, den Charakter der Unpopularität tragen. Eine nationale, soziale und christliche Volkspolitik kennt keine egoistischen Sonderinteressen, sondern ist lediglich auf die Wohlfahrt des Gesamtvolkes eingestellt, denn es ist eine alte Binsenwahrheit, daß es dem einzelnen Staatsbürger nicht gutgehen kann, solange es der Gesamtheit des Volkes schlecht geht.

Verdiente Männer des alten Reichstages kehren nicht mehr in den neuen Reichstag zurück. Dagegen sehen wir diesmal eine ganze Reihe neuer, zum Teil noch junger Männer in das Haus des deutschen Volkes einziehen. Ein neuer Geist, ein neuer, befreiender und erlösender Wille zum entschlossenen und verantwortungsbewußten Handeln, zum Wegräumen der Sünden des alten Reichstages wird vom neuen Reichstag erwartet. Nicht laut genug können wir den Abgeordneten des neuen Reichstages zurufen: Draußen im Lande erwarten von euch viele Millionen deutscher Staatsbürger Taten, durch die ihre wirtschaftliche Lage eine merkbare Besserung erfährt. Weit über drei Millionen unverschuldete aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltete, vor Not und Elend umgebene Menschen erwarten, daß ihnen endlich wieder geordnete Arbeits- und Lebensverhältnisse geboten werden. Das deutsche Volk und seine notleidenden Stände erwarten diese Taten nicht nur von der Regierung, sondern in erster Linie von den Abgeordneten. Es werden Taten erwartet, die frei von Verantwortungsdürckerei und frei von Scheu vor Unpopularität sind. Taten, durch die es möglich wird, die Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden schnellstens in dauerhafte Ordnung zu bringen, die Voraussetzungen für eine Aufhebung der Wirtschaft zu schaffen und die vielen arbeitshungrigen erwerbslosen Staatsbürger wieder geordneter Arbeit zuzuführen.

Wir würden ein Veräumnis begehen, wenn wir verschweigen wollten, daß auch wir Bauarbeiter von dem neuen Reichstag endlich Maßnahmen erwarten, die eine Beseitigung der Ausnahmebehandlung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung ermöglichen. Darüber hinaus ist es notwendig, die Bauarbeiter endlich in die Krisenunterstützung einzureihen. Ihre Einbeziehung in die Krisenfürsorge kann nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Kaum 50 Prozent der im Baugewerbe beschäftigten Stammarbeiter dürften in diesem Jahre die Möglichkeit haben, die zeitlichen Voraussetzungen für den gelegentlichen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erfüllen. Gut 50 Prozent der seither vom deutschen Baugewerbe beschäftigten Personen sehen deshalb mit banger Sorge den kommenden Wintermonaten entgegen. Viele tausende Männer vom Bau sind schon nahezu ein volles Jahr ohne Arbeit und seit vielen Monaten in der Arbeitslosenversicherung ausgekostet. Ein gerütteltes Maß an Entbehrungen, Opfern und seelischen Qualen liegt angehäuft solcher Verhältnisse auf diesem Heer armer erwerbsloser Menschen. Not und Verzweiflung sind bei vielen von ihnen schon seit vielen Monaten tägliche Hausgenossen. Wir müssen daher von den Männern des neuen Reichstages erwarten, daß sie in Erkenntnis der übergroßen wirtschaftlichen und seelischen Not bei Millionen deutscher Volksgenossen und mit Rücksicht auf die vielen mit dieser Not verbundenen nationalen Gefahren rasche und wirkungsvolle Hilfe beschließen.

Oberstes Ziel aller maßgeblichen und verantwortungsbewußten Kreise des Staates und der Wirtschaft muß sein, den vielen Millionen arbeitsloser Menschen Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Bängliches Zagen, weibisches Klagen
Bringt dich nicht aufwärts, macht dich nicht frei.
Allen Gewalten zum Trotz dich erhalten
Rufet die Hilfe der Götter herbei!

Solange es aber nicht möglich ist, alle Erwerbslosen in Beschäftigung zu bringen, solange muß das deutsche Volk für seine Erwerbslosen sorgen. Der neue Reichstag wird deshalb um geradezu spartanische Sparmaßnahmen in der gesamten Verwaltung des Staates und der Kommunen nicht herumkommen.

Die radikale Einstellung so vieler Volksgenossen hat ihre tiefste Ursache in deren unbefriedigenden Lebensbedingungen, die in eine Erbitterung gegen Staat, Wirtschaft, wie überhaupt gegen das ganze derzeitige System ausmünden. Es ist daher ein Gebot der Staatsklugheit, wenn alles vermieden wird, was ein Abgleiten weiterer Kreise unserer Volksgenossen in die extremen Gruppen fördern würde.

G. Maurer, Saarbrücken.

Die Arbeitslosigkeit in Europa

Nicht nur Deutschland, sondern auch andere europäische Staaten klagen über eine Zunahme der Arbeitslosenziffern. An der Spitze marschieren Großbritannien. Hier wurden am 11. August 1930 2.050.737 Arbeitslose gezählt, das sind 882.669 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch in Italien steigen die Arbeitslosenziffern an. Die Indeziffer der Arbeitslosigkeit wird für Januar mit 228 (Januar 1925=100) angegeben; diese Ziffer liegt um etwa 50 Prozent höher als im Vorjahre. Zur Bekämpfung dieser Erscheinung hat die italienische Regierung aus öffentlichen Mitteln 700 Millionen Lire für die produktive Arbeitslosenfürsorge freigemacht, um für die Inangriffnahme von Straßen-, Eisenbahnen- und Ausbesserungsbauten den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. In der Tschechoslowakei waren bei den Arbeitslosenvermittlungstellen Ende Juni 73.456 Personen zur Arbeitsvermittlung vorgemerkt. In der jüngsten Zeit werden aus der Tschechoslowakei starke Entlassungen aus der nordböhmischen Glasindustrie gemeldet. In Oesterreich wurden Mitte September insgesamt 158.335 untertätige Arbeitslose gezählt, hierzu treten noch etwa 30.000 ausgesetzte Arbeitslose. Gegenüber August bedeutet das eine Zunahme um rund 2000 Personen. Günstiger liegen nach wie vor die Verhältnisse in Frankreich. Hier wurden am 12. Juni 1930 888 Arbeitslose gezählt. Auch Polen meldet einen Rückgang der Arbeitslosenziffern. Für die Zeit vom 20. Juli 1930 bis 2. August 1930 wurden 194.272 Arbeitslose gezählt. Das bedeutet gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode eine Abnahme von 4327 Personen. Auch Rußland meldet eine Besserung der Arbeitsmarktlage. Diese Meldungen dürften allerdings mit einiger Vorsicht aufzunehmen sein. Nach den vorliegenden Meldungen lag im März 1930 die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen um 31,1 Prozent unter den Zahlen im März 1929. Nach Mitteilung der Sowjetpresse war am 1. Juni 1930 mit etwa 909.000 Arbeitslosen zu rechnen; hierbei handelt es sich jedoch nur um die in der Industrie ausfallenden Arbeitskräfte, während die Landwirtschaft und die in ihr beschäftigten Kräfte bei diesen Ziffern unberücksichtigt bleiben. In der Schweiz steigen die Arbeitslosenziffern an. Die Gesamtlage ist trotzdem aber als befriedigend zu betrachten, denn die Zahl der zur Arbeitsaufnahme eingewanderten Ausländer ist mehr gestiegen als die Zahl der Arbeitslosen. Es wurden in der Schweiz Ende Juli 10.161 Arbeitslose zur Vermittlung vorgemerkt. Dänemark zählte am 16. August 1930 27.730 Arbeitslose, das bedeutet gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres einen Rückgang um rund 10.000 Personen.

Weitere Drosselung der Bauwirtschaft?

Durch die Presse geht die Nachricht, daß bei den Regierungsstellen beabsichtigt ist, weitere Mittel des Hauszinssteueraufkommens für Verwaltungszwecke zu verwenden. Man sollte glauben, daß das augenblickliche Arbeitslosentum der beste Anhaltspunkt für die Wirtschaft ist, um einen solchen Gedanken nicht einmal zu erwägen. Verwaltung und immer wieder die Verwaltung scheint heute die Hauptangelegenheit der Politiker zu sein. Zuerst die Verwaltung und dann die Wirtschaft. Sagt es nur einer, vom aufgeblähten Verwaltungsapparat, von zu hohen Beamtengehältern und Pensionen, vom Abbau des Verwaltungsapparates zu reden, dann wird er sofort als Rezer verdächtigt. Und doch kann es unserem Volk nicht eindringlich und ernst genug gesagt werden, welche Gefahr für die Wirtschaft nach damit für die Beschaffung von Arbeit und Brot in den Verwaltungslöcher liegt. Bei einem jährlichen Staatslohn von 10 Milliarden RM und einem Reichetat von 23 Milliarden RM betragen die Beamtengehälter und Zulagen ohne Reichsbahn nach Reichspost, die dafür 2,5 Milliarden ausgeben, 5,2 Milliarden RM. Der gesamte Zuschlag für das Gehaltsaufkommen ohne Darlehen beträgt dagegen nicht einmal 1 Milliarde RM. Reichsarbeitsminister Dr. Siegelward führte in einer Rede in Dortmund am 2. Mai 1930, also vor der Reichstagsauflösung aus, daß an dieser Ausgabenwirtschaft bei kräftigen Maßnahmen nur 1 Milliarde und bei einer Harter nach

einfachen Staatsorganisation auf die Dauer 1 1/2 bis 2 Milliarden jährlich eingespart werden könnten. Jetzt aber will man zur Erhaltung des Verwaltungsapparates die Beträge für Wirtschaftsaufgaben drosseln.

Nun hatten wir während des Sommers rund 40 Prozent Bauarbeiter arbeitslos. Die Drosselung des Wohnungsbaues, durch die Nichtzurverfügungstellung des gesamten Hauszinssteueraufkommens, die Erschwerung von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau und die enorm hohen Zinsen für Hypotheken haben das Baugewerbe selbst in der „Saison“ zur Hälfte lahmgelegt. Dieses wirtschaftliche „Schachmattlegen“ des Baugewerbes wirkt sich nicht nur für das Baugewerbe selbst, sondern auch für die übrige Wirtschaft katastrophal aus. Ein großer Teil der heute den Arbeitsmarkt belastenden Arbeitslosen würde verschwinden, wenn die Bauwirtschaft wieder in Gang käme. Selbstverständlich könnte für die Unturbelung des Baugewerbes noch mehr geschehen, wenn den Kartellen und Syndikaten die Preisfestsetzung eingeschränkt würde. Der Bauinhaber brauchte nicht diese Höhe aufzuweisen, wenn die unwirtschaftlichen Preisbindungen radikal beseitigt würden.

Der Beamte verwaltet. Verwalten kann man aber nur, wenn etwas zu verwalten da ist. Bei einer brachliegenden Wirtschaft werden aber auch alle diejenigen, die zum Verwalten da sind, wenn auch zuletzt, nicht mehr entlohnt werden können, denn ein Trümmerhaufen braucht nicht mehr verwaltet zu werden. Hände weg von der Hauszinssteuer, ist unser Warnruf. Diese ist geschaffen worden, um der größten Volknot, nämlich der Wohnungsnot, zu steuern und um einen notwendigen Gewerbebezweig weiter vorzubedingungen zum Leben zu geben. Gerade die Hauszinssteuer ist wohl die in der öffentlichen Meinung am meisten bekämpfte Steuer. Als Mittel zur Behebung der Wohnungs- und Wirtschaftnot ist sie zu bejahen, als Verwaltungssteuer aber unbedingt zu verneinen. Das deutsche Volk aber und die Hauszinssteuerzahler haben Recht zu verlangen, daß diese Steuer für den Zweck, für den sie bestimmt wurde, Verwendung findet. Es ist doch richtiger und volkswirtschaftlich gesehen gesunder, durch den Wohnungsbau Wohnungen und für Hunderttausende Bauarbeiter Arbeit zu schaffen, wie einen aufgeblähten Verwaltungsapparat zu unterhalten. Daß es nicht um die Beseitigung der Verwaltung allgemein geht, sondern nur um die Beseitigung des aufgeblähten Teiles der Verwaltung, bedarf keiner Begründung.

Matthias Terhorst, Krefeld.

Der Lohn in der Krise

Jene Kritiker der Lohnpolitik, die heute eine allgemeine Senkung der Tariflohnsätze zwecks Milderung der Arbeitslosigkeit für nötig halten, beziehen sich mit Vorliebe auf die tatsächliche Lohnbewegung während heftiger Wirtschaftskrisen in der Vorkriegszeit. Diesen Kritikern gilt es als selbstverständlich, daß in den großen Vorkriegskrisen nicht nur die Preise, sondern vor allem auch die Lohnsätze stets erheblich gesunken sind, und daß nur deshalb jeweils eine verhältnismäßig schnelle Ueberwindung der Depression möglich war. Eine Kamprüfung dieser Behauptung von einem hart tückenden Lohn ist für Deutschland so gut wie unmöglich, denn aus der Vorkriegszeit haben wir keine Lohnstatistik, die Vergleiche über größere Zeiträume hin erlaubt. In England jedoch gibt es eine Lohnstatistik, die auf recht breiter Basis weit in das vorige Jahrhundert zurückreicht. In seinem Buche „Industrial fluctuation“ hat Professor Pigou die vorhandenen statistischen Materialien über die Bewegung des Reallohnsatzes für eine volle Arbeitswoche und über den Umfang der Arbeitslosigkeit für die Zeit von 1850 bis 1910 dargestellt. Danach ist in der großen Krise von 1873 bis 1879 die Indeziffer des Realwohnenlohnes in England von 128 auf 137 gestiegen und nur einmal von 1876 auf 1878 von 137 auf 132, also um 3/2 Proz. zurückgegangen. Die gleiche Erscheinung zeigt auch die Krise von 1894. Während ihres ganzen Verlaufes von 1893 bis 1896 stieg der englische Realwohnenlohn von 167 auf 176. Ungefähr denselben Verlauf zeigt uns eine Indeziffer des Nominallohnes von 1850 bis 1914, wie sie vom Forschungsinstitut des englischen Gewerkschaftskongresses (Labor Bulletin Juni 1929) veröffentlicht wurde. Der Nominallohn blieb danach während der Krise der 90er Jahre so gut wie stabil, die Lebenshaltungskosten fielen etwas, und der Reallohn stieg infolgedessen an. Gleichzeitig erfolgte eine ähnliche Preisrevolution, wie wir sie heute erleben. Der englische Großhandelsindex der Warenpreise ging von 1872 bis 1896 um fast 40 Prozent zurück, während in derselben Zeit der nominelle Wochenlohn der Arbeiter zuerst annähernd stabil blieb und später sogar noch etwas anstieg. Die so oft gehörte Behauptung, wonach bei fallenden Großhandelspreisen in früheren Krisen die Löhne in der Regel ebenfalls beträchtlich gesunken seien, stimmt also nicht. Nicht vergessen werden darf ferner, daß heute in Deutschland die mit den Gewerkschaften vereinbarten tariflichen Lohnsätze zwar noch ziemlich stabil geblieben sind,

daß aber die oft 10 bis 20 Prozent über diese Sätze hinausgehenden in der Hochkonjunktur freiwillig gewährten Zuschläge zu einem großen Teil wieder abgebaut worden sind, so daß auch ohne Verringerung der Tarifsätze ein wirklicher Lohnabbau bereits erfolgt ist.

Fünf Jahre Rechtshilfe unserer Tageszeitung „Der Deutsche“

Wir dienen den christlichen Arbeitnehmern. So haben wir denn vor fünf Jahren auch unsere Rechtsauskünfte eingeführt, die seitdem von unseren Lesern rege in Anspruch genommen werden.

Die Kenntnis des Rechtes und der Rechtsprechung ist eine Wissenschaft. Dem einfachen Manne kann man sie kaum zumuten. Wohl aber kann man ihn ermuntern, die Grundzüge des Rechtes kennenzulernen. Das ist der Zweck unserer Rechtsauskünfte. Wenn wir durch sie erreichen, daß der Leser aus ihnen erkennt, wo der einzelne gestolpert ist, wo er sein Recht verkennt, wo er es aus Mangel an Vorsicht preisgegeben, wo er es durch Untätigkeit verscherzt hat, dann haben wir schon viel erreicht. Wer, ehe er sich in kostspielige Rechtsgehefte einläßt, oder sich verklagen läßt, seine Angelegenheit einem Rechtskundigen unterbreitet und sich beraten läßt, der wird immer einen sichereren Boden unter den Füßen haben als der, der es unterläßt.

Die Anfragen spiegeln so recht wider, welche Sorgen und Nöte die Arbeitnehmer hauptsächlich bewegen. Wir zählen nur summarisch aus den vielen Anfragen und Auskünften auf: Das Wohnungswesen mit seinen vielfältigen Streitfällen zwischen Vermieter und Mieter, das Familienrecht, die Rechte zwischen Mann und Frau, die Schlüsselgewalt der Ehefrau, die Verpflichtungen gegenüber den minderjährigen Kindern, die Unterhaltungspflicht der Kinder gegenüber ihren Eltern, das eheliche Güterrecht usw., Fragen aus dem Grundstücks- und Hypothekenrecht und der Tierhaltung, Genossenschaftsrecht, Ehezerwürfnisse, Beleidigungen.

So bindet uns das Leben alltäglich einen bunten Strauß, an dem wir die Sorgen des Arbeitnehmers erkennen. Wir dürfen dann auch feststellen, daß unser Dienst Frucht trägt und anerkannt wird. Wir sind bescheiden genug, zuzugeben, daß auch uns einmal ein Irrtum, ein Mißverständnis unterlaufen kann, das kann jedem Richter und jedem Rechtsanwalt auch geschehen.

Zusammenfassend aber können wir sagen, daß unsere Rechtsauskunftsstelle die gefinnungsmäßige Verbundenheit gestärkt hat. Und so soll es auch künftig bleiben! Es wurden an Rechtsauskünften*) eingeholt: 1925: 240, 1926: 606, 1927: 700, 1928: 964, 1929: 1176 und 1930: voraussichtlich weit über 1200!

Max Koslowski.

Fünfte Deutsche Verbraucherwoche Familie und Genossenschaft

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. B., Köln, veranstaltet alljährlich unter dem Namen „Deutsche Verbraucherwoche“ im ganzen Reichsgebiet eine einheitlich organisierte Verbrauchersche. Die bisherigen Veranstaltungen dieser Art haben bei den angeschlossenen Verbrauchern großen Anklang gefunden und gute Erfolge gebracht. Die „Fünfte Deutsche Verbraucherwoche“ findet in der Zeit vom 5. bis 12. Oktober dieses Jahres unter dem Leitgedanken „Familie und Genossenschaft“ statt.

Zu dem Thema der diesjährigen Verbraucherwoche hat bereits im Juli dieses Jahres auf dem 21. Genossenschaftstag in Duisburg Herr Prof. Dr. Th. Brauer, Universität Köln, in einem tiefstehenden Referat Stellung genommen. Die Familie ist heute, wirtschaftlich betrachtet, in den meisten Fällen nicht mehr Arbeits-, sondern nur noch Verbrauchsgemeinschaft. Als Vertreterin der Verbraucherinteressen erfährt die Konsumgenossenschaft die Familie in ihrem wirtschaftlichen Mittelpunkt, dem Haushalt. Sie schützt die Familie vor falscher Verwendung des Einkommens, den Schäden des Borgens, übertriebener und unlauterer Klame, sie hilft der Familie sparen durch billigen Einkauf, Rückvergütung, Sparkasse und Sterbekasse. Darüber hinaus ist die Konsumgenossenschaft Beispiel und Vorkämpfer für eine bedarfsgerichtete Wirtschaft, die das Wohl der Familie und der Volksgemeinschaft an die Stelle des Profitstrebens setzt.

Die „Fünfte Deutsche Verbraucherwoche“ soll dazu beitragen helfen, die bisher noch vielfach übliche Beurteilung der Konsumgenossenschaft als einer böswilligen Erschwerung mittelständischer Existenzen durch die Wertung ihrer familien- und gesellschaftsaufbauenden Tendenzen zu erregen.

*) Kostenlose Rechtsauskunft in eigenen Angelegenheiten erhält jeder zahlende Besucher des „Deutschen“. Allen Anfragen sind Bezugsausweise und 0,15 RM. Rückporto beizufügen. Briefanschrift: „Der Deutsche“, Abt. Rechtsauskunft, Berlin SW 61, Am Johannistisch 5.

Den Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine waren Ende 1929 764 960 Mitgliederfamilien angeschlossen. Die Zahl der Verteilungsstellen betrug 2313, der Umsatz rund 200 Millionen RM. In 63 Produktionsbetrieben wurde ein Umsatz aus selbsthergestellten Waren von 27 Millionen RM erzielt. Hierzu tritt noch als Waren- und Produktionszentrale die „Gepag“, Köln, mit einem Gesamtumsatz von 72 Millionen RM und einen Eigenproduktionsumsatz von 10 Millionen RM.

Allgemeine Rundschau

Was wird mit der Arbeitslosenversicherung?

Durch die Maßnahmen der Notverordnung wird die Arbeitslosenversicherung bis Mitte Oktober im Gleichgewicht gehalten. Die Arbeitslosenziffer wird im Winter nach amtlicher Schätzung allmählich bis auf 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger Mitte Februar nächsten Jahres ansteigen, woraus sich ein Jahresdurchschnitt von 1,860 Millionen Hauptunterstützungsempfänger ergibt.

Nach dieser Berechnung muß für den Winter ein Fehlbetrag von 400 bis 430 Millionen RM gedeckt werden. Rein rechnungsmäßig kann das durch eine Beitragserhöhung um weitere 2 Prozent auf 6 1/2 Prozent geschehen. Diese Erhöhung brächte vom 1. Oktober bis Ende März rund 200 Millionen RM ein, zu denen das Reich einen Zuschuß in gleicher Höhe zu zahlen hätte. Dabei ist schon berücksichtigt, daß durch die zunehmende Arbeitslosigkeit die Beitragseinnahme zurückgeht.

Anausgeglichen bleibt aber auch dann noch die Krisenfürsorge, die nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit einen Aufwand des Reiches von 300 Millionen RM, von den Gemeinden 75 Millionen RM, zusammen 375 Millionen RM verlangt. Hier dürfte sich, wenn die erwarteten Schätzungen für die Winterarbeitslosigkeit zutreffen, eine noch ungedeckte Belastung von Reich und Gemeinden um abermals 100 Millionen RM ergeben.

Wie der wirkliche Arbeitsverdienst berechnet werden muß

Nach den Berechnungen von Kuczynski in der „Zentralpolitischen Korrespondenz“ bekräftigt der Durchschnittsverlust des Industriearbeiters infolge Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1930 durchschnittlich 10 RM pro Woche, das sind mehr als ein Fünftel seines Lohnverdienstes. Rechnet man die Kurzarbeit hinzu, so ergibt das einen Durchschnittsverlust von einem Viertel des Lohnverdienstes. Die Deutlichkeit ist leicht geneigt, bei ihren Urteilen und Vergleichen stets den vollen, ungeschmäleren Arbeiterlohn zugrunde zu legen. Das ist falsch. Denn ein großer Teil der Arbeiter ist einen Teil des Jahres immer arbeitslos oder arbeitet kurz. Das aber bedeutet eine starke Schwächung des Gesamtverdienstes, genau so wie die hohen Abzüge, die auch noch von seinem verdienten Lohne heruntergehen. Sind also die Arbeitslöhne schon an sich sehr niedrig, so vermindern sie sich noch weiter durch die Unständigkeit der Arbeit. Besonders würden die Kritiker des „hohen“ Bauarbeiterlohnes erstaunen, wenn sie das Jahresarbeitsverdienst eines Bauarbeiters auf 52 Wochen oder 2400 Stunden umgerechnet zur Grundlag ihrer persönlichen Bedürfnisse nehmen müßten.

Beamtenansichten

Die „Allgemeine Beamten-Korrespondenz“ nimmt zu den von ihr vermuteten Gehaltskürzungsabsichten der Regierung Stellung unter dem ironischen Titel „Es wird immer fetter!“ Sie behauptet, daß für die unteren und mittleren Gruppen ein Gehaltsabbau um 5 Prozent, für die oberen Gruppen um 10 Prozent, und für die Spitzen (Staatssekretäre und Minister) um 30 Prozent geplant ist. Auch außerhalb der Beamtenenschaft hat man Verständnis dafür, daß die Beamten solche Maßnahmen nicht mit Freude aufnehmen. Kein Verständnis kann man für die Art und Weise aufbringen, wie die genannte Korrespondenz die Frage der Beamtengehälter behandelt. Am allermeinsten ist es angebracht, wenn die „Allgemeine Beamten-Korrespondenz“ sich zu kaum verhaltenen Drohungen verhält, indem sie von einem Skandal spricht.

Diese Art von Polemik hat mit verantwortungsbewusster Interessenvertretung nichts mehr zu tun. Als im vorigen Winter die Arbeitslosenversicherung in schwerer Not war, wurde angeregt, daß die Beamtenenschaft dem Reiche ihre Hilfe in der Form eines geschlechlich gesicherten Darlehens anbieten möge. Dieser maßvolle Vorschlag verlief der Ablehnung. Bei der großen Not von heute schädigt die Beamtenenschaft sich selbst, wenn sie den Maßnahmen, die von ihr Opfer verlangt, ein bloßes Nein entgegenhält, ohne selbst positive Erklärungen zu geben.

Von wo und wohin wandern die Menschen aus

Die größte Einwanderungsziffer unter den Ländern Europas hat Frankreich. In Frankreich wanderten ein: 1927: 64 325 Fremde, 1928: 97 742 und 1929: 179 321 Fremde. Die Rückwanderung betrug in den gleichen Jahren: 89 982, 53 759 und 33 870. Von den in die Industrie eingewanderten Fremden stammen 80 Prozent aus Polen, Portugal, Belgien und Jugoslawien, von den in die Landwirtschaft eingewanderten Fremden 90 Prozent aus Polen, Belgien, Italien und

Am 4. Oktober 1930 ist der vierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

Spanien. Unter den Einwanderern befanden sich 1929 insgesamt 7197 Reichsdeutsche und 1673 Deutschösterreicher.

Aus Deutschland wanderten 1929 rund 49 000 Deutsche aus. Im Februar 1930 haben sich 2917 Deutsche gegen 2757 im Vormonate in überseeischen Ländern angesiedelt. Aus Deutschösterreich sind im März 1930 insgesamt 518 Personen nach Uebersee ausgewandert, und zwar 127 in die Vereinigten Staaten von Nordamerika, 195 nach Kanada, 33 nach Brasilien, 74 nach Argentinien, 13 in die Türkei und 11 in die französischen Kolonien.

In Litauen hat sich die Auswanderung im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahre verdoppelt, und zwar sind 15 999 Personen vornehmlich nach Südamerika ausgewandert. Unter den im Jahre 1929 nach Brasilien eingewanderten 100 424 Ausländern befanden sich 4351 Deutsche, 888 Deutschösterreicher, 478 Tschechoslowaken und 9095 Polen.

Das flache Land und die Förderung des Wohnungsbaues

Nach den Bestimmungen über die Verteilung der Reichsmittel für eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaues sollen in erster Linie größere Siedlungsvorhaben von mindestens 20 Wohnungen gefördert werden. Ein Zentrumsabgeordneter wies in einer kleinen Anfrage darauf hin, daß das flache Land durch diese Bestimmung von der Reichshilfe völlig ausgeschlossen werde. Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt führt in seiner Antwort aus, die Bedingungen für die Verteilung der Reichsmittel für eine verstärkte Förderung des Wohnungsbaus (100-Millionen-Fonds) seien im Einvernehmen mit der Reichsregierung mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit auf dem Lande so gehandhabt worden, daß in einer großen Zahl von Fällen die Unterschreitung, der für ein Bauvorhaben vorgeschriebenen Zahl von 20 Wohnungen ausnahmsweise zugelassen wurde.

Es geht auch mit geringeren Zinssätzen

Bekanntlich hat die Reichsregierung die von ihr gegründete und finanzierte Bau- und Bodenbank in Berlin beauftragt, für gemeinnützige Unternehmungen Zwischenkredite herzugeben zu einem Zinssatz von 7 1/4 Prozent. Diesen Vorschlag haben ihr die anderen gemeinnützigen Unternehmungen, die Wohnungsfürsorgegesellschaften, außerordentlich übel genommen. Sie forderten und bekamen bisher für ihre vorübergehenden Baukredite den Satz von 8 1/2 Prozent. Es beginnt nun ein ernster Zweikampf zwischen diesen beiden von öffentlicher Hand unterstützten gemeinnützigen Unternehmungen. Der lachende Dritte hierbei ist erfreulicherweise der Wohnungshersteller (und hoffentlich auch der Mieter, Red.), denn der Kampf hat bereits dazu geführt, daß eine Reihe von Wohnungsfürsorgegesellschaften ihre Zwischenkredite im Kampf gegen die Bau- und Bodenbank von 8 1/2 Prozent auf 7 Prozent herabgesetzt haben. Das ist bei den Hunderttausenden von Wohnungen und den Millionen von Zwischenkrediten, die erforderlich sind, ein recht erfreulicher Anfang. Vielleicht entschließt sich mit Unterstützung des Reiches nunmehr die Bau- und Bodenbank, ihre Zwischenkredite auf 6 1/2 Prozent herabzusetzen. Wir würden es durchaus begrüßen, wenn am Ende des Zweikampfes ein normaler, dem Reichsbankdiskont entsprechender Zinssatz stände.

Gebrechliche in Deutschland

Nach der Veröffentlichung in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 14 vom 28. Juli S. 602 wurden im Deutschen Reich insgesamt 713 571 Gebrechliche, das sind 114,3 auf je 10 000 Einwohner gezählt; von diesen waren 453 495 männliche und 260 076 weibliche Gebrechliche. Auf je 10 000 der männlichen Bevölkerung entfallen 150,2, auf je 10 000 der weiblichen Bevölkerung 80,7 Gebrechliche. Von den Gebrechlichen waren:

| | männlich | weiblich | zusammen |
|------------------------|----------|----------|----------|
| blind | 19 157 | 14 035 | 33 192 |
| taubstumm und ertaubt | 23 818 | 21 558 | 45 376 |
| körperlich-gebrechlich | 307 413 | 122 241 | 429 654 |
| geistig-gebrechlich | 116 514 | 113 598 | 230 112 |

Auf je 10 000 Einwohner entfallen:

| | männlich | weiblich | zusammen |
|-------------------------|----------|----------|----------|
| Blinde | 6,3 | 4,4 | 5,3 |
| Taubstumme und ertaubte | 7,9 | 6,7 | 7,3 |
| Körperlich-Gebrechliche | 101,8 | 37,9 | 68,8 |
| Geistig-Gebrechliche | 38,6 | 35,3 | 36,9 |

Alkoholismus — Kindermisshandlung — Religion als Rückständigkeit

Unter der Fahne des Sozialismus sollen alle vereint werden, ob Christen, ob Heiden, ob Freidenker, da ja nach der Parole der Sozialdemokratie Religion Privatangelegenheit sein soll. Wie aber diese Freiheit in Wirklichkeit aussieht, darüber äußert sich der Sozialist Otto Bauer in seinem Buch „Sozialdemokratie, Religion und Kirche“. Es heißt da u. a.: Da die sozialdemokratische Partei die Mehrheit im Staate erobern müsse, um zur Macht zu gelangen, könnte sie nicht auf die rückständigen Proletariatschichten verzichten, die noch „mit den Lasten der Unterdrückten“ behaftet seien. Die Partei könne aus diesem Grunde nicht auf die Alkoholiker verzichten. Wohl sei es die Aufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter, auf diese Alkoholiker erzieherisch zu wirken, und zwar mit Hilfe des Arbeiterabstinenzbundes. Bauer setzt nun seinen Gedankengang fort. Die Partei könne nicht auf die pädagogisch rückständigen Arbeiter verzichten, die ihre Kinder noch mißhandeln. Die Aufgabe der Kinderfreundebewegung sei es, hier durch gutes Vorbild zu beeinflussen. Die Partei könne auch nicht auf die noch gläubigen, religiös rückständigen Proletarier verzichten, weil diese zur Erlangung der Mehrheit notwendig sind. Aufgabe der Freidenkerorganisation sei es, die geistig regsamsten Arbeiter auf der Basis einer neuen Weltanschauung zu sammeln, kulturell vorbildlich zu wirken und auf diese Weise mehr missionierend überzeugend um die Seelen der noch gläubigen, nicht freidenkerischen Genossen zu werben.

So sieht Otto Bauer, der sich selbst als religiöser Sozialist bezeichnet, die Aufgabe der sozialistischen Partei und insbesondere der Freidenkerorganisation. Hier werden die christlichen Arbeiter auf eine Stufe gestellt mit den Alkoholikern. Kindermisshandlung, Alkoholismus und die religiöse Auffassung ist für ihn eine Rückständigkeit, die zu den „Lasten der Unterdrückten“ gehört.

Eine bessere Kennzeichnung der Wertung des Religiösen im Sozialismus hätte Bauer nicht geben können.

Tariffbewegung

Endgültige Lohnregelung für die Fliesenleger Berlins

Die Geltungsdauer der Löhne für Fliesenleger und Hilfsarbeiter von Berlin war laut Schiedsspruch im Frühjahr nur bis zum 30. September 1930 vorgesehen. Am 23. September d. J. befaßte sich daher die im Tarifvertrag vorgesehene paritätisch festgesetzte Schlichtungsstelle unter dem Vorsitz des Herrn Gewerberat Körner erneut mit der endgültigen Regelung der Löhne. Nach stundenlangem Beratung kam ein Schiedsspruch zustande, der besagt, daß die Löhne für das Fliesenlegergewerbe Groß-Berlin zum 31. März 1931 verlängert werden. Das Abkommen tritt mit diesem Tage ohne besondere Kündigung außer Kraft.

Durch das tatkräftige Eintreten der Arbeitnehmerorganisationen, insbesondere des christlichen Bauarbeiterverbandes ist es gelungen, die Abauforderung der Arbeitgeber abzuwehren. Die Fliesenleger werden dies zu würdigen wissen und für einen weiteren Ausbau des Verbandes bemüht sein.

Aus dem Verbandsleben

Muppertal-Elberfeld. Am 7. September feierte unsere Verwaltungsstelle ihr diesjähriges Verbandsfest, verbunden mit Ehrung der Jubilare. Der Vorsitzende, Kollege Wand, begrüßte alle Erschienenen, besonders diejenigen Kollegen, denen es vergönnt war, auf die 25jährige Mitgliedschaft zurückzublicken. In seiner Festrede sagte Kollege Häuschen, daß es nicht Zweck des Verbandes sei, rauschende Feste zu feiern, dagegen einfache, schlichte Feiern zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls doch angebracht seien. Das gleiche Schicksal, die gleichen Abjichten und Beweggründe waren maßgebend für die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Der Arbeiterstand war rechtlos und der Willkür der Unternehmer unterworfen. Die Auffassung, daß nur mit christlichen Grundsätzen Staat, Volk und Wirtschaftsleben einer besseren Zukunft entgegengeführt werden kann, wurde Richtschnur unserer Arbeit. Darum auch ein Wort der Anerkennung und des Dankes denjenigen Mitkämpfern, die 25 Jahre für dieses Ziel gestrebt haben. Ihr Lohn ist nicht klingende Münze, aber das ehrende Gefühl, Mitarbeiter und Träger für den Aufstieg der unteren Volksschichten gewesen zu sein. Ein besonderes Wort galt der Jugend. Die Fahne ehrenvoll weitertragen, die die Väter entrollt haben, ist ihre Aufgabe. Verziehen Dank auch den Frauen, die ihren Männern treu zur Seite stehen und auch so zu dem Gelingen unserer Aufgabe mitbeitragen. Handeln wir nach dem Motto: „Reicht ist die Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen.“ Die Ehrung der Jubilare nahm Kollege Deppeler vor. Er überreichte ihnen im Namen des Hauptverbandes die silberne Nadel und die Ehrenurkunde als Anerkennung für ihre treue Mitgliedschaft, verbunden mit dem Wunsch, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch weitere 25 Jahre ihren Familien und dem Verbande erhalten zu bleiben. Im Namen der Jubilare dankte der Kollege Sauerbier und versprach, weiter wie bisher treu zum Verbands zu stehen. Die Namen der Jubilare sind: Johann Sauerbier, Wilhelm Streckler und Johann Ortloff. Möge das diesjährige Verbandsfest dazu beitragen, unseren Verband nach innen und außen zu stärken.

A. Bergenthal.

Bortmund. Zimmerer. Unsere Monatsversammlung fand am 13. Sept. im Vereinshaus St. Joseph statt. Als Referent war Kollege Leimbach erschienen. Seine Ausführungen erstreckten sich auf die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 10. Juli d. J. Kollege Leimbach kritisierte die Arbeitslosenversicherung, die Reform der Krankenversicherung, die Bestimmungen der Notverordnung über die Beschäftigung am

wirtschaftlicher Preisbindung, die Reichshilfe und die Verordnung neuer Steuern für die Gemeinden. In der regen Aussprache wurde u. a. gesagt, daß wir uns als christliche Gewerkschaftler mit einigen Punkten in der Reform der Kranken- und Arbeitslosenversicherung nicht einverstanden erklären können. Unsere nächste Versammlung findet am 11. Oktober statt. Wegen der Wichtigkeit der Versammlung müssen alle Kameraden, auch die Arbeitslosen erscheinen. H. G.

Oberglogau. Am 21. September fand bei uns eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Deuninger sprach über die Wirtschaftskrise in Deutschland. An Hand einiger Beispiele und Zahlen wies er nach, daß diese ihre Ursache zum großen Teil in der Weltwirtschaftskrise hat. Prozentual an der Bevölkerung gemessen, haben die anderen Staaten, außer Frankreich, ähnlich große Arbeitslosenzahlen wie wir. In der überstürzten Rationalisierung ist auch ein Grund für die Arbeitslosenziffern zu sehen. Geringer Verbrauch und übersteigerte Produktion führen notwendigerweise zu Lageranhäufungen und im Gefolge zur gänzlichen oder teilweisen Stilllegung der Betriebe. Durch die Reparationen und Zinszahlungen an das Ausland werden der Wirtschaft jährlich 3/4 Milliarden RM. entzogen. Mit diesem Betrage könnten eine Million Menschen in Deutschland Brot und Arbeit bekommen. Um zahlen zu können, müssen wir Waren ausführen. Dadurch wirkt sich der Young-Plan indirekt gegen unsere Gegner aus, denn unsere Ausfuhr bedeutet für ihre Arbeiter teilweise Arbeitslosigkeit und damit Unterstützung durch den reparationsempfangenden Staat. Eine rege Diskussion setzte über den Vortrag ein. Der nächste Punkt brachte die Ehrung des Kollegen Johann Janetzko für 25jährige Mitgliedschaft. In herzlichen Worten dankte Kollege Heijig für seine treuen Dienste als Vorsitzender. Mit einem Hoch auf unsern Verband schloß die Versammlung.

Juzella. Am Sonntag, dem 21. September, hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Es wurde die Arbeitslosen- und Krankenversicherung und die Notverordnung behandelt. Auch mußte Klage geführt werden über die schlechte Behandlung der Ausgesteuerten. Der Wunsch der Arbeiterchaft ist, daß die Bauarbeiter in die Krisenunterstützung aufgenommen werden.

Cappenberg. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens unserer Ortsgruppe fand am Sonntag, dem 21. 9., eine Jubiläumsfeier statt. Die Festteilnehmer wurden von dem Vorsitzenden, Koll. Sennelamp, herzlich begrüßt. Neben den Mitgliedern mit ihren Angehörigen waren auch die Mitglieder der Nachbar-Ortsgruppen Linen, Selm, Bork sehr zahlreich vertreten. Eine Anzahl Ehrengäste hatten sich ebenfalls eingefunden, von denen der Ortspartei, der Gemeindevorsteher und der Präses des Gesellenvereins besonders begrüßt wurden. Der von Koll. Sennelamp vorgelegene Protokoll fand reichen Beifall. Die Festrede hielt Kollege Petri (Dortmund). Er legte zunächst die Errungenschaften des Verbandes dar und betonte, daß vor 25 Jahren die Bauarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 16 Wochen ausgeperrt waren. Durch die Ausdauer wurde der Kampf gewonnen und die Grundlagen für den jetzigen Tarifvertrag geschaffen. Wie sah es früher auf der Baustelle aus? Für Leben und Gesundheit wurde nichts getan. Der Bauarbeiterstand lag sehr im argen. Bauwunden waren nicht vorhanden. Die Löhne wurden nach Willkür gezahlt; die Arbeitszeit war nicht geregelt. Baudekorationen wurden nicht anerkannt und hatten weder gesetzlichen noch tariflichen Schutz. Die Lehrlinge standen schutzlos da. Verbandsangestellte gab es wenige und die vorhandenen hatten kein Recht, die Arbeitsstelle zu betreten. Heute sind all diese Fragen durch den Reichs- bzw. Bezirksstatut geregelt. Auch hat der Verband großen Wert darauf gelegt, die Mitglieder zu bilden und für ihre Gleichberechtigung in der Gesellschaft gekämpft. Der einzelne hat große Opfer gebracht. Wenn wir heute die Errungenschaften nicht so auszuwählen können, so liegt dieses in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Arbeitslosigkeit ist erschreckend groß, jedoch dürfen wir den Mut nicht sinken lassen. Diese Notzeit wird auch nochmal vorübergehen. Jetzt heißt es, das Errungene zu erhalten, damit in besserer Zeit ein weiterer Ausbau erfolgen kann. Während des Kampfes im Jahre 1905 war es der Koll. Sennelamp, der die Ortsgruppe Cappenberg ins Leben rief. Koll. Wienholt stand ihm treu zur Seite. Leider sind uns drei Mitbegründer durch den Weltkrieg verlorengegangen. Es sind dies die Koll. Klamm, Döcker und Kühne. Wir gedenken dieser braven Kollegen in dieser Festesfeierstunden und werden ihnen ein herzliches Angebenken bewahren. Im Auftrage des Zentralvorstandes wurden den beiden Jubilaren Sennelamp und Wienholt ein Diplom nebst Silbernadel überreicht. Zugleich überbrachte Kollege Petri die Glückwünsche des Bezirks- bzw. Verwaltungsausschusses. Koll. Sennelamp ist nicht nur 25 Jahre Mitglied des Verbandes, sondern zugleich auch 25 Jahre Vorsitzender der Ortsgruppe. Er hat wie eine weisliche Einsicht allen Schwierigkeiten standgehalten und dafür sprechen wir ihm heute einen besonderen Dank aus. Unsere Jugend wolle sich an den beiden Jubilaren ein Beispiel nehmen. Der Redner erbat für seine Ausführungen reichen Beifall. Von den Ehrengästen überbrachten Kollege Köhling, Gemeindevorsteher Schulze Bisler und der Gesellenvereinspräsident der Ortsgruppe, besonders den Jubilaren herzliche Glückwünsche. Von allen Rednern wurde hervorgehoben, daß sich die Jubilare nicht nur große Verdienste für den Verband, sondern auch für das Allgemeinwohl erworben haben, indem sie als Gemeindevertreter bei

allen wichtigen Fragen mit dabei sind. Die Grüße des Bezirksstatuts überbrachte Koll. Franke (Linen). Koll. Sennelamp dankte im Namen der Jubilare für Grüße und Glückwünsche. Nachdem einige Theaterstücke recht gut gespielt über die Bretter gegangen waren, blieben die Festteilnehmer noch einige Stunden in gemüthlicher Stimmung beisammen. Die Feier wird zur inneren Verbundenheit der Kollegen in der Ortsgruppe beitragen. H.

Von den Arbeitsstellen

Ein Schulbeispiel für die Folgen des Unorganisiertseins

Am 31. Oktober 1926 war es, als die Arbeiter des Unternehmers Kl. in Sch. geschlossen unserem Verbands beitraten. Da der Unternehmer Löhne nach eigenem Gubdünken zahlte, bemühte sich die Betriebsleitung alsbald um die Erreichung des für das rheinisch-westfälische Industriegebiet maßgebenden Tiefbauarbeiterlohnes. Der „alte Herr“ wollte sich aber nicht so recht an Tarifföhne gewöhnen. Nur durch die Drohung mit Stilllegung des Betriebes wurde das Geforderte bewilligt und anerkannt.

„Wenn es dem Esel zu wohl ist, geht er auf Eis.“ Der gewerkschaftliche Geist ließ merklich nach. Zuletzt war noch ein Drittel der Beschäftigten bei uns organisiert. Alle Vorstellungen seitens der Betriebsleitung, die Bedeutung der Organisation nicht zu verkennen, fruchteten nichts. Schließlich blieben 6 Getreue fest. Der Betriebsleiter kam systematisch den Unorganisierten entgegen. So kam, was nicht ausbleiben konnte.

Vor einigen Wochen wurden sämtliche Arbeiter wegen Mangel an Aufträgen entlassen. Nach ungefähr 8-12 Tagen stellte die Betriebsleitung einen großen Teil der Leute, bis auf den Betriebsobmann, wieder ein. Auf entschiedenes Verlangen der Organisation wurde letzterer gleichfalls wieder beschäftigt. Bei der Einstellung wurde den Arbeitern erklärt, der bisherige Lohn in Höhe von 81 Pf. könne nicht mehr gezahlt werden. Wer für 72 Pf. Stundenlohn arbeiten wolle, könnte anfangen. Mit einem Schlage sollten 9 Pf. für die Arbeitsstunde reduziert werden. Der Form nach gingen alle, unter Protest des Obmanns, auf dieses Angebot ein. Auf unsere schriftliche Aufforderung, den richtigen Lohn zu zahlen, wurde eine mündliche Verhandlung von dem Arbeitgeber gewünscht. In der Verhandlung schützte Herr Kl. schlechte wirtschaftliche Verhältnisse als Hauptursache des Vorgehens vor. Die Vierzehner hätten ihre Angebote bezüglich des Preises vermindert. Auch seien die Aufträge insgesamt durch die scharfe Konkurrenz zurückgegangen. Diesen Schaden könne das Geschäft nicht allein tragen. Deshalb müßten die Arbeiter hieran mithelfen und sich für ungefähr drei Monate mit einem geringeren Lohn zufrieden geben. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir auf diese Argumente nicht eingingen, sondern die strikte Zahlung des Tarifstundenlohnes verlangten. Die Zumutung des Unternehmers, unsererseits für seinen Betrieb die Augen einmal zuzuhalten und die Lohnkürzung stillschweigend zu dulden, wurde mit Entrüstung abgelehnt. Die braven Geschäftstreuen hatten nunmehr die Situation erkannt. In acht Tagen waren alle Arbeiter wieder Mitglieder unseres Verbandes und am nächsten Lohntag zahlte der Unternehmer wieder den Tarifflohn. Jetzt konnte auf einmal das Geschäft die Zahlung des Tarifstundenlohnes ertragen. Lediglich dem Umstand, daß alle dort beschäftigten Tiefbauarbeiter sich wieder organisierten, war der Erfolg zu verdanken. Die dort beschäftigten Mitglieder werden Sorge zu treffen haben, daß der Lohn und die übrigen tariflichen Bestimmungen künftig gesichert bleiben.

Unseren Kollegen insgesamt sollte dieses bezeich-

nende Beispiel aber auch zur Warnung dienen. Auch die Unorganisierten müssen aus diesem Beispiel die Lehre ziehen, Verfechter der Berufsorganisation zu werden. Gerade im Hinblick auf die nächstjährige Vertragserneuerung sollte allwärts ein frischer Zug durch die Reihen der Bauarbeiter gehen. Mit Verbundenheit, Resignation und gleichgültigem Beiseitegehen helfen wir dem Bauarbeiterstand wahrlich nicht, sondern nur durch tatkräftiges Sichzusammenschließen und hoffnungsfreudiges Handeln.

J. Einig.

Bücherschau

Weltgeschichte. Von Dr. Alphons Nobel. Verlag „Deutsche Arbeit“, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. 520 Seiten. In Ganzleinen gebunden Preis 10,- RM. Für unsere Mitglieder Vorzugspreis von nur 6,- RM., einschl. Porto 6,45 RM. Auslieferungsstelle für die billige Organisations-Ausgabe ist der Christliche Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf. — Um es gleich zu sagen: Kollegen, diese Weltgeschichte müßt ihr besitzen. Sie vermittelt diejenigen geschichtlichen Kenntnisse, deren Mangel jeder schon oft peinlich empfunden hat. Hier finden wir einen Ueberblick nicht nur über die Geschichte des deutschen Volkes, sondern aller Länder — der ganzen Menschheit; angefangen von den ältesten uns bekannten Zeiten bis hinein in die heutigen Tage. Gewiß gibt es eine große Anzahl von Weltgeschichten; sie kommen aber für uns deshalb nicht in Frage, weil sie entweder zu umfangreich und zu gelehrt — infolgedessen auch zu teuer — oder von einem nicht christlichen Standpunkt und oberflächlich geschrieben sind. Andere wiederum bringen nur einen Ueberblick über bestimmte Abschnitte der Weltgeschichte oder gar nur über die Entwicklung eines bestimmten Volkes. All diese Mängel hat der Verfasser Alphons Nobel in dieser Weltgeschichte vermieden. Wer diese Weltgeschichte studiert, eignet sich nicht nur allein ein umfassendes geschichtliches Wissen an, sondern hat auch während des Lesens einen literarischen Genuß, weil die Geschichtsbilder so fließend, klar und interessant geschildert sind, daß man, wie bei einem spannenden Roman, das Buch nicht so leicht wieder aus der Hand gibt. — Wir möchten herzlich wünschen, daß diese Weltgeschichte in kurzer Zeit im Besitze eines jeden Kollegen zu finden ist, zumal der Verlag für unsere Verbandsmitglieder den Verkaufspreis von 6,- RM. — statt 10,- RM. — festgesetzt hat.

Sterbetafel

- Am 11. September ist unser treuer Kollege Wilhelm Kömer im Alter von nur 22 Jahren an Herzschlag durch Strom tödlich niedergeschlagen. Seine treue Pflichterfüllung wird ihm bei uns stets ein gutes Andenken sichern. Ortsgruppe Hombach.
- Am 16. September verschied infolge eines Unfalles unser lieber Kollege Bertold Helmes. Verwaltungsstelle Essen.
- Am 16. September starb nach langem schweren Leiden der Kollege Johann Roth im Alter von beinahe 65 Jahren. Ortsgruppe Solingen-Wald.
- Am 23. September starb nach mehrmonatlicher Krankheit unser langjähriges und treues Mitglied Josef Krefz, Zimmerer, im Alter von 71 Jahren. Verwaltungsstelle und Zimmererguppe Berlin.
- Im jugendlichen Alter von 23 Jahren starb am Mittwoch, den 24. September unser treuer Kollege Robert Etti, Maurer, infolge Darmverschlingung. Ortsgruppe München.

Ehret eurem Andenken!

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inferenten der „Baugewerkschaft“

Meisterschule für Bau-, Tief- u. Straßenbau

Ausbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schachtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer, Zimmer-, Straßemeister und Bauführer. Sonderkurse im Vermessen und Nivelieren. Theoretische Meisterkurse für alle Gewerke nach den Richtlinien der Handwerkskammer (Abend-Unterricht). Lehrplan frei. Detmold, Wittjestr. 4 d

Wepa

Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufs. Spez. Blauschneiderei, Manufaktur- u. Manchester-Anzüge. Wilschm Park, Berlin N 21, Brunnenstraße 78

Roman Groulich

Beitragsmarken BERLIN NO 43, Gellertstraße 12.

Möbel-Kamerling

Berlin, Kastanienallee 56 Speise-, Schlaf-, Herren-, Küch., Riesenansw., Spottpreis, Zahlungserr.

Sichere Existenz

im Hause. Ihre freie Zeit ist bares Geld! Wir suchen ehrliche, fleißige Personen zur Nebenberufung unserer Schnellstricker, auch nebenberuflich (erforderlich 200 Stk.). Wir bieten Garantie für dauernde Beschäftigung, hohes Einkommen und Selbstständigkeit. Auf Wunsch persönliche Anweisung. Schreiben Sie sofort unverbindlich an: **Expres-Strickmaschinen, Berl.-Silesische 128** Friedrichshagen Straße 14.

Echte Hienfong-Essenz

(Destillat) 1000fach bewährt. 12 Fl. Dez. 4.- bei 30 Flaschen RM 10.- franko. Lehorat. E. Walthner, Halle-Trotha 100

Neckeln, das ist!

Bestel, strecke dich! Ich führe mich ein. Für 3.- RM. zuzügl. Nachnahme 6 Tischdecken (120cm) od. 2 Dtz. Servietten, 60 „ „ 5 „ Taschent. 42 „ „ Mischg., u. Wahl aus feinst. Damast-, Maschsch. d. modernst. Tischgewebe d. Welt. Karl J. Kolditz, Berlin-Heilgensee

Kollegen, lest den „Deutschen“

Nichtraucher.

Auskunft kostenlos. Sanitas-Depot, Halle a. S. 201 L.

OLDENBURGISCHE BAUWERKSCHULE IN VAREL

Siech, Lehranstalt für Hoch- und Tiefbau, berufliche Bauformen u. Konstruktion. Staatskommissar. Lehrordnung frei durch Dir. Dipl.-Ing. Leonhardt, Beginn W.-Semester 21. Oktob.

Baumarbeiterbrosen

Zweidr. 6.-, 8.-, 9.- RM. Dreidr. 10.- RM. Herkules 11.- RM, Isldor 12.- RM, Mannorhinsen 6.- RM, Mannorhinsen 9.-, 11.-, 13.-, 17.- RM. versendet bei Bestellung von 20.- RM. frei Haus.

Emil Hohlhölzl, Dresden 6, Ritterstr. 2,

Technische Spezialfabrik für Arbeiter-Kleidung.